

Grossratsbeschluss

Datum GR-Sitzung: 17. November 2014

Geschäftsnummer: 2014.RRGR.792

Rahmenkredit 2015 für dringende kantonale Zumieten

1 Gegenstand

Mit dem beantragten Rahmenkredit von Fr. 2 Mio. sollen dringende Mietgeschäfte, die im Jahr 2015 abgeschlossen werden müssen und deren Ausgaben infolge der Neudefinition der gebundenen Ausgaben in die Kompetenz des Grossen Rates fallen würden, in begründeten Fällen durch den Regierungsrat bewilligt werden können.



2 Rechtsgrundlagen

- Gesetz vom 26. März 2002 über die Steuerung von Finanzen und Leistungen (FLG; BSG 620.0), Art. 42 ff., insbesondere Art. 53
- Verordnung vom 3. Dezember 2003 über die Steuerung von Finanzen und Leistungen (FLV; BSG 621.1), Art. 136 ff., insbesondere Art. 146 und Art. 149
- Verordnung vom 18. Oktober 1995 über die Organisation und die Aufgaben der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion, (OrV BVE; BSG 152.221.191), Art. 14 Bst. b

3 Ausgabenart und rechtliche Qualifikation der Ausgabe

Zu bewilligender Rahmenkredit

2 Mio. Franken

Es handelt sich um wiederkehrende und neue Ausgaben gemäss Art. 47 und Art. 48 Abs. 1 FLG.

4 Kreditart / Konto / Produktgruppe / Rechnungsjahr

Produktgruppe: Immobilienmanagement (09.15.9100)

Mehrjähriger Verpflichtungskredit nach Art. 50 Abs. 3 FLG in Form eines Rahmenkredits gemäss Art. 53 FLG. Zahlungen werden gestützt auf die während der Laufdauer des Rahmenkredits zu sprechenden Ausführungsbeschlüsse geleistet und sind im Voranschlag und in der Finanzplanung 2015 eingestellt.

Konto:

4980 316000 Miete und Pacht Liegenschaften

5 Bedingungen

- Mit den Mitteln dieses Rahmenkredits werden im Jahr 2015 ausschliesslich dringende Mietausgaben finanziert, die aus zeitlichen Gründen nicht dem Grossen Rat zum Beschluss unterbreitet werden können.

Zudem muss einer der folgenden Sachverhalte vorliegen:

- a) Neuer Mietvertrag als Ersatz eines oder mehrerer Mietverträge aufgrund einer Kündigung durch den Vermieter.
 - b) Verlängerung eines bestehenden Mietvertrages ohne wesentliche Veränderungen.
 - c) Neuer Mietvertrag als Ersatz eines oder mehrerer Mietverträge wegen Standort- oder Betriebsoptimierungen. Die Summe der neuen Mietkosten muss tiefer sein als vorher.
 - d) Neuer Mietvertrag als Ersatz eines oder mehrerer Mietverträge wegen betrieblicher Optimierungen, wenn die daraus resultierenden nachweisbaren betrieblichen Einsparungen höher sind als die zusätzlichen Mietkosten.
 - e) Neuer Mietvertrag als Ersatz eines oder mehrerer Mietverträge wegen eines reduzierten Flächenbedarfs der Nutzereinheit. Die Summe der Mietkosten muss tiefer sein als vorher.
 - f) Neuer Mietvertrag als Ersatz eines oder mehrerer Mietverträge wegen eines Mehrbedarfs, wenn die neuen Mietkosten die bisherigen nicht um mehr als Fr. 200'000.-- jährlich übersteigen.
- Ausgaben, die für ein Mietobjekt den Betrag von Fr. 1 Mio. pro Jahr übersteigen, sind dem Grossen Rat zum Beschluss zu unterbreiten und gehen somit nicht zulasten des vorliegenden Rahmenkredits.
 - Die Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK) ist über jede Verwendung von Mitteln aus dem vorliegenden Rahmenkredit zu informieren.

6 Für die Verwendung zuständiges Organ

Der Rahmenkredit wird mit Ausführungsbeschlüssen abgelöst.

Zuständig für die Mittelverwendung im Sinne von Art. 53 Abs. 2 Bst. a FLG ist der Regierungsrat.

7 Finanzreferendum

Dieser Beschluss unterliegt der **fakultativen Volksabstimmung** und ist Amtsblatt des Kantons Bern zu veröffentlichen.

Bern, 17. November 2014

Im Namen des Grossen Rates

Die Präsidentin: *Struchen*

Der Generalsekretär: *Trees*



Fakultatives Finanzreferendum

Gegen diesen Ausgabenbeschluss, welcher in der Novembersession 2014 vom Grossen Rat beschlossen worden ist, kann die Volksabstimmung (Referendum) verlangt werden (Artikel 62 Absatz 1 Buchstabe c der Kantonsverfassung).

Für das Sammeln und Einreichen von Unterschriften (mindestens 10 000 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigte Personen) sind Artikel 123–132 des Gesetzes vom 5. Juni 2012 über die politischen Rechte massgebend.

Beginn der Referendumsfrist: 17. Dezember 2014

Ablauf der Referendumsfrist (Unterschriften zur Beglaubigung bei der Gemeinde deponiert): 17. März 2015

Abgabe der beglaubigten Unterschriften bei der Staatskanzlei: 16. April 2015